

Dieses RS enthält eine Begründung für das Nichterscheinen des
 von der Leitung geplanten Papiers zur VUV
 - den Beschluß der Leitung zur Beurlaubung des Gen.
 W.W. von der Leitungsarbeit
 - einen Bericht von M.K. über unsere Arbeit zum
 Lehrerstop

Das von der Leitung geplante Papier über die hauptsächlichsten
 Probleme in der Organisation wird nicht erscheinen. Wir sind bei
 der Ausarbeitung des Papiers auf einige Schwierigkeiten gestoßen,
 die vor dem Urlaub einzelner Leitungsmitglieder nicht mehr ge-
 löst werden können. Da dieses Papier sowieso als Vorarbeit zum
 Rechenschaftsbericht gedacht war, wird es nun direkt in den RB
 hineingearbeitet werden.

E.R.

Die Leitung hat beschlossen, Genossen W.W. bis zur DK zu beurlau-
 ben. Auf Grund der mangelnden politischen ideolog. Erfahrungen
 war es für W.W. sehr schwer, einen guten Beitrag zur Leitungstä-
 tigkeit zu erbringen, die Probleme, die er hatte, in der Leitung
 zu diskutieren und seine Anleitungstätigkeit wahrzunehmen.
 Das alles hat sich abgespielt auf Grundlage der schlechten Lei-
 tungstätigkeit insgesamt. Dazu kam, daß Gen. W.W. in eine Krise
 seiner beruflichen Tätigkeit gekommen ist.
 All diese Probleme haben dazu geführt, daß W. W. an der Möglich-
 keit zu zweifeln begann, daß seine berufliche Tätigkeit mit der
 Tätigkeit in einer kommunistischen Organisation zu verbinden
 ist, bzw. hat er zur Diskussion gestellt, ob der Beitrag, den
 er zum Zustandekommen der sozialistischen Revolution leisten
 kann, nicht überhaupt nur in der Ausübung seiner beruflichen
 Tätigkeit liegt. Er hat gleichzeitig einen Antrag auf Beurlau-
 bung gestellt. Wir haben die Probleme daraufhin in der Leitung
 ausführlich diskutiert. Dabei sind wir zu dem Schluß gekommen,
 daß es auf Grund der Schwierigkeiten und der persönlichen
 Belastung Gen. W.W. nicht möglich sein wird, einen positiven
 Beitrag zu Leistungsarbeit zu leisten. Wir haben daher beschlos-
 sen, ihn bis zur DK von der Leitungstätigkeit zu beurlauben.
 Er wird nach seinem Urlaub entsprechend seinen Möglichkeiten in
 der Sektion Kultur mitarbeiten.
 Da die Aufgabe der Leitung bis zur DK hauptsächlich darin be-
 stehen wird, durch einen RB Grundlagen für die weitere Arbeit
 zu schaffen, ist es auch nicht sinnvoll, jetzt einen neuen Ge-
 nossen in die Leitung aufzunehmen.

Schluß von S. 4:

zu nehmen gewesen, in denen die Kollegen die Gewerkschaft zur Unter-
 stützung der Forderungen auffordern. Trotz dieser mangelhaften Vor-
 bereitung wurden in 3 Schulen auf Initiative von Genossen Resolu-
 tionen verabschiedet. Die Erfahrungen dabei wurden aber nicht zu-
 sammengefaßt.

M.K. i.A. d. Ltg.

Lehrerstop

Dieser Bericht dient dazu, die Erfahrungen, die wir in der Frage des Lehrerstops gemacht haben, zusammenzufassen. In unserer Arbeit dazu sind Mängel besonders krass zutage getreten, die in unserer Politik insgesamt immer wieder auftreten. Überdies wird diese Frage im Herbst wieder eine Rolle spielen, und es ist notwendig, Voraussetzungen für das Auftreten zu schaffen. Es soll nochmals auf die Linie eingegangen werden, weil sich herausgestellt hat, daß es in der Organisation beim Entfalten der Politik zu der Frage einige Schwierigkeiten und Probleme auch bezüglich Linienfragen gegeben hat,

Die Zusammenfassung der Erfahrungen der Organisation ist recht schwierig, weil die Sektionen ihre Erfahrungen weder von der Agitation in der Stadt noch von der unter Kollegen zusammengefaßt haben (nur von einigen Genossen sind Protokolle eingelangt). Der Lehrerstop bedeutet eine weitere Verschlechterung der Zustände im VBW. Die hohen Klassenschülerzahlen bleiben aufrecht, die Unterrichtsbedingungen sind schlecht, Stunden entfallen (siehe KLAKA 8/76). Er bedeutet weiters eine Verschlechterung der Lage der Lehrer, auf die vielfacher Druck ausgeübt wird und die noch mehr als bisher gespalten werden.

Die Zusammenhänge, warum der Staat gerade heute zu der Maßnahme des Lehrerstops greift, sind noch nicht ausreichend untersucht worden. Ich kann jetzt nur einige Ansatzpunkte sagen: In den 50-er und 60-er Jahren herrschte ein akuter Lehrermangel. Die Schulreformen brachten eine Ausdehnung der Schulpflicht (polytechnischer Lehrgang), eine breite Streuung und Differenzierung der AHS und die Einführung von Schulversuchen. (Auf Grundlage welcher objektiven Bedingungen diese Reformen gemacht worden sind, müßte untersucht werden.) Der Staat hat daraufhin die Lehrerausbildung stark forciert, z.B. wurden massenhaft AHS-Absolventen durch die Berufsberatung zum Lehramtsstudium gebracht, Einführung der PÄDAK. Heute, wo diese Lehrer fertig werden, fehlt das Geld, sie einzustellen. Dies zeigt auch die Unfähigkeit des Staates zu planen.

Der Staat versucht diese Maßnahme nun auf verschiedene Weise durchzusetzen. Zunächst einmal durch die Verschärfung der Lehramtsprüfung, damit wird erreicht, daß die Reservearmee nicht zu groß wird. Gleichzeitig wird versucht, verschiedene Meldungen zu dementieren, und die tatsächliche Situation zu verschleiern. (Aufgabe der Sektion VBW wird es sein, diese "argumente" u.a. von Sinowatz zu entkräften, und hier Enthüllungsmaterial zur Verfügung zu stellen). Es wird versucht, den "Beamtenhaß" der Bevölkerung auszunutzen. Auch die Spaltung unter der Lehrerschaft wird ausgenutzt, um diese Maßnahmen durchzusetzen.

Aus dieser Situation ergeben sich die Forderungen nach Einstellung aller geprüften Lehrer, nach Vertragsverlängerung für alle Sondervertragslehrer, und gegen jede Verschärfung der Lehramtsprüfung.

Die Aufgabe der Kommunisten war es, die Bewegung gegen die Maßnahmen zu unterstützen, und das Volk für die Unterstützung dieser Forderungen zu gewinnen. Dazu mußte in der Agitation herausgearbeitet werden, daß und warum diese Forderungen im Interesse des Volkes liegen. Der KB hat in seiner Zeitung zu dieser Frage Stellung ge-

nommen und Flugblätter vor den Betrieben verteilt, um möglichst viele Leute für die Teilnahme an der Demonstration zu gewinnen. Die VUV hat den KB nicht nur im Rahmen ihrer normalen Unterstützungstätigkeit im Stadtverkauf und beim Verteilen unterstützt, sondern auch noch vier eigene Stände in der Stadt und eine Veranstaltung organisiert, weil vorher zu dieser Frage kaum eine Politik gemacht worden war, und es deshalb sinnvoll und notwendig war, unsere Kraft dafür einzusetzen, möglichst wirkungsvoll für die Demonstration zu mobilisieren.

Das Auftreten mußte vorbereitet werden, dabei sind bestimmte Probleme aufgetaucht. Außer in der Sektion VBW wurde kaum irgendwo eingesehen, daß es sinnvoll und richtig war, dazu aufzutreten. Das hat sich gezeigt bei der Organisation der Stände - es war sehr schwer, Leute dafür zu finden. Es hat auch keinerlei Initiativen der Sektionen gegeben, Berufstätigen, die um 16.00 nicht zu einem Stand kommen können, ein Auftreten zu ermöglichen (z.B. ein Stand in der Früh). Die Unklarheit über die Wichtigkeit der Frage hat sich auch darin gezeigt, daß außer Genossen der Sektion VBW niemand zur Agitationsvorbesprechung gekommen ist. Diese war aber unbedingt notwendig, da ja die Frage des VBW kein kontinuierlicher Bestandteil unserer Politik war.

In den meisten Einheiten wurde diese Frage mangelhaft, zumindest aber sehr spät diskutiert.

Große Mängel zeigten sich in der operativen Anleitung durch die Leitung. Hier ist es nicht gelungen, die Probleme so in die Organisation zu tragen, daß es den Einheiten gut möglich gewesen wäre, Politik zu dieser Frage zu machen. Gezeigt hat sich auch wieder einmal, daß die Einheiten es nicht verstehen, sich konkrete Ziele für die Gewinnung von Kollegen, Sympathisanten zu stecken, bzw. zu überlegen, in welche Zusammenschlüsse man organisiert bestimmte Fragen hineinbringen kann. Es gibt keinerlei Untersuchungen darüber, auf welche Bedingungen man dabei stößt, wenn man in bestimmten Bereichen Politik macht. Gezeigt hat sich auch wieder einmal, daß es keinerlei Ansätze für ein geregeltes Berichtswesen gibt, das es ermöglichen würde, die Erfahrungen zusammenzufassen.

Die Veranstaltung hat im wesentlichen ihr Ziel, zusätzlich für die Demonstration zu mobilisieren, erfüllt. Die organisatorischen Mängel haben sicherlich die Mobilisierung für die Veranstaltung sehr erschwert. Es ist und überdies nicht gelungen, die ganze Veranstaltung im Auge zu behalten, die Planung blieb auf das Referat beschränkt, daher verlief die Diskussion schleppend und unergiebig, und es konnten wesentliche Fragen nicht genauer herausgearbeitet werden. Zur Teilnahme an der Veranstaltung konnten von uns nur Lehrer gewonnen werden.

Zur Teilnahme an der Demonstration konnten 10 Leute gewonnen werden, (davon 8 Lehrer) Alle Leute von VBW und KLAJU (Das Flugblatt wurde auch unter den Bewährungshelfern verteilt; Erfahrungen vom Auftreten dort, gibt es keine, da es schwierig war, die Leute zu erreichen. Die Sektion VBW hat die Erfahrungen des Auftretens unter den Kollegen nicht zusammengefaßt).

Es sind in der Debatte einige Fragen bezüglich der Linie unseres Auftretens aufgetaucht. Zunächst einmal, wieso die Frage des Lehrerstops etwas mit dem VBW zu tun hat, bzw, warum wir hier auf der Linie der demokratischen Forderungen zum VBW auftreten und nicht viel stärker die Ebene der Staatstätigkeit insgesamt ~~XXIXX~~ in den Vordergrund stellen, also zeigen, was mit dem Geld geschieht, wo eingespart wird usw.

Der Ausgangspunkt ist, daß das Volk an verschiedenen Punkten immer wieder in Widerspruch zum bürgerlichen Staat gerät, demokratische Bestrebungen entwickelt. Die Aufgabe der Kommunisten ist es, diese demokratischen Bestrebungen zu unterstützen, sie zusammenzufassen und gegen den bürgerlichen Staat zu richten. Die Feindschaft des Volkes gegenüber dem bürgerlichen Staat soll geschürt werden, und die Bereitschaft des Volkes, dem Staat bestimmte Rechte abzutrotzen. In jedem Kampf soll klargestellt werden, daß der bürgerliche Staat das entscheidende Hindernis ist, für die Durchsetzung gerechter Interessen.

In diesem Fall handelt es sich um eine Maßnahme des bürgerlichen Staates, die eine Verschlechterung ~~in~~ der Verhältnisse in der Ausbildung der Kinder der breiten Volksmassen bedeutet. Gegen diese Verschlechterung aufzutreten, bedeutet nicht "mehr Lehrer" oder "mehr Geld" zu fordern und damit Illusionen hervorzurufen, daß sich dadurch etwas ändert im VBW. Es bedeutet vielmehr, die Kampfbereitschaft gegen diese Maßnahme zu erhöhen, und die Perspektive zu weisen, daß es notwendig und möglich ist, daß das Volk seine Interessen durchsetzt.

Das ist nur möglich, wenn man umfassend den Charakter des Staates aufzeigt. Dazu genügt es keinesfalls, zu sagen, daß der Staat das Volk ausplündert und bei den Einrichtungen fürs Volk spart. Vielmehr geht es darum, an Hand jeder konkreten Maßnahme aufzuzeigen, wie diese seinem Charakter entsprechen. Es muß ~~es~~ gezeigt werden, daß der bürgerliche Staat als Volkserzieher kein ~~Interesse~~ Interesse an einer umfassenden Ausbildung in einer Schule ~~hat~~ hat, die den Volksmassen dient. Was im VBW durchgesetzt wird, kann nicht an Hand der Krisenpolitik des bürgerlichen Staates gezeigt werden, sondern nur am Klassencharakter ~~des~~ des Staates und daran, wie er dementsprechend das VBW organisiert. (Das heißt nicht, daß kein Zusammenhang zur Krisenpolitik aufgezeigt wird, es wurde auch in allen Publikationen und im Referat getan).

In der Agitation haben viele Genossen Schwierigkeiten gehabt, aufzuzeigen, wie weit diese Maßnahme des Lehrerstopps das Volk überhaupt betrifft. Solchen Schwierigkeiten kann man nicht damit begegnen, daß man lang und breit die Misere im VBW schildert, sondern nur damit, daß man zeigt, welche Ausbildung das Volk braucht, eine Ausbildung, die die Fähigkeit des Volkes erhöht, die Produktion in die Hand zu nehmen und voranzutreiben, und im Klassenkampf ihre Interessen richtig zu erkennen und durchzusetzen. So eine Ausbildung kann nur erreicht werden, wenn für das Recht des Volkes eingetreten wird, darüber zu entscheiden, wer an den Schulen ihre Kinder unterrichtet, und was sie lernen sollen. Diese Recht muß das Volk dem bürgerlichen Staat streitig machen. Wir können diesen Gedankengang noch nicht sehr gut, anschaulich und lebendig herausarbeiten, das müssen wir in der Agitation lernen.

Viel zu wenig ist die Frage von der Seite her behandelt worden, was die Maßnahmen für die Lehrerschaft bedeuten, und wie sie dagegen den Kampf aufnimmt. (In der 5. VBW wurde die Frage des Lehrerstopps zwar "für den Stadtverkauf" diskutiert, aber nicht auf Schritte hin, die wir in der Gewerkschaft unternehmen können). Hier wäre es notwendig gewesen, den Manövern der Gewerkschaft offebl. Dienst entgegenzutreten, die Gegnerschaft gegen die vielfältigen Spaltungen in der Lehrerschaft zu stärken, die Knebelung durch das Dienstrecht aufzuzeigen, die Frage in Verbindung zu bringen mit den Überstunden, der geringen Bezahlung etc. Vor allem aber wäre Kurs auf Resolutionen